

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 99. Ratssitzung vom 20. April 2016

1830. 2016/65

**Postulat von Ezgi Akyol (AL) vom 02.03.2016:**

**Ausrüstung aller von der AOZ betriebenen Liegenschaften mit einem kabellosen Internetzugang**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Ezgi Akyol (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1720/2016): Zu einer Demokratie gehört auch, sich für Menschen ohne Stimmrecht einzusetzen. Viele geflüchtete Menschen müssen ihr Hab und Gut im Ursprungsland zurücklassen oder sie verlieren auf der Flucht fast alles. Den meisten bleibt aber ihr Smartphone und ihre digitale Identität. Das Internet bietet geflüchteten Menschen Kontaktmöglichkeiten mit ihrem Heimatland, ihrer Familie und ihren Freunden. Gleichzeitig ermöglicht das Internet Zugang zu Informationen und zur Sprache. In einem fremden Land, mit einer fremden Sprache und einer fremden Bürokratie ist der Zugang zu Informationen unerlässlich. Mit Wörterbuch-Apps lassen sich einzelne Wörter und Sätze nachschlagen und sogar ganze grammatikalische Themen bearbeiten. Ausserdem können sich die Menschen über das Internet zur aktuellen Situation im Heimatland und -dorf informieren. Die meisten Asylunterkünfte besitzen bereits einen Internetzugang, somit wären die Kosten für einen kabellosen Internetzugang überschaubar. Die meisten Unterkünfte haben Computerplätze mit Internetanschluss. Im Testzentrum Juch stehen den Asylsuchenden acht Computer zur Verfügung. Der Verantwortliche sagte mir, die Bewohner hätten kein Interesse an kabellosem Internet. Wenn ich ins Ausland reise, möchte ich mein Mobiltelefon möglichst schnell mit dem Internet verbinden. Ich sehe keine Gründe, warum es hier anders sein sollte.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Raphael Golta:** Der Stadtrat anerkennt, dass ein Bedürfnis zur Kommunikation besteht. Es handelt sich um eine Herausforderung für die anwesenden Asylsuchenden und Flüchtlinge. Es gibt bereits entsprechende Installationen. Schwierig wäre es, wenn wir Einzelwohnungen mit einem drahtlosen Internetanschluss ausrüsten müssten. Im Falle einer Textänderung würden wir uns bemühen, eine Lösung zu finden, günstige Kommunikationsmöglichkeiten zu eröffnen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Samuel Balsiger (SVP):** Die Hauptgruppe, die bei uns über das Asylwesen einwandert, sind Eritreer. In Eritrea gibt es keinen Krieg. Das Bild von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist unzutreffend. Diese Tränendrüsenengeschichten können nicht ernst genommen werden. Die Überfahrten kosten sehr viel. Diejenigen, die bei uns Asyl beantragen, sind*

nicht die armen Bedürftigen aus den Ländern. Es handelt sich um den gehobenen Mittelstand. Wir benötigen keine Gratisanwälte, Gratisinternetzugang und andere Gratisleistungen. Es geht um die Betrachtung der Realität. Ein Grossteil der Menschen, die zu uns kommen, sind keine Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind. Es handelt sich um internationale Gesetze. Wir müssen die Realität betrachten und dürfen das Asylchaos nicht weiter bewirtschaften.

**Marcel Bührig (Grüne):** Wir werden das Postulat unterstützen. Das Postulat sorgt dafür, dass Asylsuchende in den Liegenschaften über das Internet kommunizieren können.

**Alan David Sangines (SP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Auch wir finden das Postulat sehr gut. Man muss sehen, woher die Menschen stammen, die hierher kommen. Es sind Menschen, die aus Kriegs- und Konfliktgebieten kommen. Es gibt in Eritrea unterirdische Gefängnisse, in denen auch gefoltert wird. Samuel Balsiger (SVP) sagte, dass jemand, der aus einem Kriegsgebiet kommt, nicht bedroht ist. Das ist absurd. Der Internetzugang ist für diese Menschen sehr wichtig. Wenn es in der Heimat einen Bombenanschlag gab, ist es wichtig zu schauen, ob die Angehörigen überlebt haben. Wir machen das auch. Auf Facebook kann man sich nach Anschlägen markieren und zeigen, dass man in Sicherheit ist. Das Postulat ermöglicht zu wenig Handlungsspielraum und geht am Kern vorbei. Es ist wichtig, dass alle einen Internetzugang erhalten können. Deshalb haben wir einen Textänderungsvorschlag. Dies bietet dem Stadtrat Handlungsspielraum.

**Karin Weyermann (CVP):** Seit ich ein iPhone habe, suche ich im Internet ständig einen Hotspot. Ich war noch nie so lange im Ausland wie die Flüchtlinge in der Schweiz. Deshalb finden wir den Vorstoss sehr gut. Wir begrüssen die Textänderung. Dadurch können die Flüchtlinge und Asylsuchenden in der Schweiz den Internetzugang so nutzen, dass sie die für sie notwendigen Informationen abrufen können.

**Urs Fehr (SVP):** Ein Flüchtling ist jemand aus einem kriegsbedrohten Gebiet. Es wird gesagt, es sei wichtig, die Kommunikation mit der Familie aufrecht zu erhalten. Dort gibt es aber keine Infrastruktur mehr. Mit wem soll dort kommuniziert werden? Ausserdem ist es inkonsequent. Man könnte fordern, dass die Asylanten auch einen kostenlosen Fernsehanschluss erhalten. Diese Forderung ist irrsinnig und lächerlich. Wenn wir ins Ausland gehen, sind wir keine Flüchtlinge.

**Samuel Balsiger (SVP):** Der Vertreter der SP hat Angst geschürt. Ich habe gesagt, dass jemand, der direkt an Leib und Leben bedroht ist, nach Genfer Konvention ein Flüchtling ist. Ein Bürgerkriegsflüchtling ist per se nicht zwingend ein Flüchtling. Er erhält einen Schutzstatus. Er ist aber kein Flüchtling. Jemand, der aus einem Drittstaat in die Schweiz einwandern will, muss an der Grenze abgewiesen werden. Es handelt sich um geschützte Begriffe. Es geht um internationales Recht. Wenn das ganze Asylwesen verstopft ist, fehlt der Platz für die tatsächlich Bedürftigen. Die schlimmen Beispiele zu bringen, bei denen 400 Menschen ertrunken sind, weil sie illegalen Schlepperbanden folgten, ist unlauter. Ich darf auf vorhergehende Voten antworten. Es ist pervers, ertrunkene Menschen für Propaganda zu benutzen. Es wird eine widersprüchliche Politik betrieben,

3 / 3

*welche die Menschen dazu verleitet, auf diese Boote zu steigen und zu sterben. Wir müssen den Todeskanal schliessen und die Einwanderung in das Sozialsystem unterbinden. Wer den Menschen helfen will, darf die Attraktivität der Schweiz nicht steigern und muss das Postulat somit ablehnen.*

Ezgi Akyol (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~alle~~ von der AOZ betriebenen ~~Liegenschaften, Einzelwohnungen, temporären Wohnsiedlungen, Asylunterkünfte sowie der Testbetrieb Zentrum Juch (inkl. Zivilschutzanlagen) Unterkünfte~~ mit kabellosem Internetzugang ausgestattet werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 99 gegen 21 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat